

Aufruf zur Solidaritätskundgebung am Montag



Osnabrück, den 25.07.2026

Kein Mensch ist Freiwild.

Ein obdachloser Schwarzer Mann wurde in der Osnabrücker Innenstadt brutal angegriffen, geschlagen, getreten und mit einer Glasflasche verletzt. Ein weiterer Tatverdächtiger soll die Tat gefilmt haben. Dieser Angriff erschüttert uns. Unsere Solidarität gilt dem Betroffenen.

Doch diese Tat ist nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben. Obdachlose Menschen gehören zu den am stärksten von Gewalt betroffenen Gruppen unserer Gesellschaft. Sie erleben tagtäglich Ausgrenzung, Beleidigungen, Schikanen und körperliche Angriffe. Wer Menschen ständig als Problem, als Gefahr oder als Störung behandelt, bereitet den Boden dafür, dass Gewalt gegen sie zur Normalität wird.

Dass das Opfer ein Schwarzer Mann ist, macht deutlich, wie sich unterschiedliche Formen der Unterdrückung überschneiden. Schwarze Menschen erleben rassistische Diskriminierung, obdachlose Menschen erleben soziale Ausgrenzung. Wer beides gleichzeitig erfährt, ist besonders verletzlich. Rassismus und soziale Ausgrenzung sind keine Randerscheinungen – sie sind Ausdruck einer Gesellschaft, die Menschen nach Verwertbarkeit sortiert.

Auch die Politik der Stadt Osnabrück trägt ihren Teil dazu bei. Die Alkohol- und Waffenverbotszone ist Ausdruck einer Politik der Verdrängung statt der Solidarität. Sie bekämpft weder Armut noch Wohnungslosigkeit oder Suchterkrankungen. Stattdessen werden obdachlose Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängt, kontrolliert und kriminalisiert. Repression ersetzt Sozialpolitik. Gleichzeitig weisen Bürgerrechtsorganisationen seit Jahren darauf hin, dass solche Maßnahmen das Risiko diskriminierender Polizeikontrollen bis hin zu Racial Profiling erhöhen können.

Eine Politik, die arme und obdachlose Menschen vor allem als Sicherheitsproblem behandelt, verstärkt gesellschaftliche Ausgrenzung und Entmenschlichung. Sie trägt zu einem Klima bei, in dem Gewalt gegen obdachlose Menschen leichter möglich wird, weil ihre Ausgrenzung als normal erscheint. Sicherheit entsteht nicht durch Verdrängung, sondern durch soziale Gerechtigkeit, Wohnraum und Unterstützung.

Wir sagen: Nicht obdachlose Menschen sind das Problem. Das Problem ist ein System, das Wohnraum zur Ware macht, Armut produziert und Reichtum in den Händen weniger konzentriert. Solange Profite wichtiger sind als Menschenleben, werden Menschen verdrängt, gegeneinander ausgespielt und entrechtet.

Rassismus und Faschismus fallen nicht vom Himmel. Sie leben davon, Menschen gegeneinander aufzubringen und den Blick von den tatsächlichen Ursachen sozialer Ungleichheit abzulenken. Hinter Faschismus stehen die Verteidigung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die Spaltung der arbeitenden Bevölkerung. Deshalb gehören der Kampf gegen Kapitalismus, gegen Rassismus und gegen Faschismus zusammen.

Wir kämpfen für eine andere Stadt. Für Housing First statt Vertreibung. Für einen Drogenkonsumraum statt Verdrängung. Für mehr Streetwork und soziale Hilfen statt Repression. Für eine Stadt, in der niemand auf der Straße leben muss. Für öffentliche Räume, die allen gehören.

Kommt zur Kundgebung. Zeigen wir gemeinsam, dass wir Hass, Ausgrenzung und Gewalt nicht unwidersprochen hinnehmen.

Montag, 27.07. • 18:00 Uhr

Platz der Deutschen Einheit (vor dem Theater)

Gegen Gewalt. Gegen Rassismus. Gegen Faschismus. Gegen Verdrängung.

Für Solidarität. Für Menschenwürde. Für eine Gesellschaft, in der der Mensch vor dem Profit steht.

Die Linke Kreisverband Osnabrück Stadt • Linksjugend [solid] Osnabrück • Libertäre Kommunist*innen Osnabrück (LiKOS) • No Lager • Unordnungsamt Osnabrück